

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinr. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Achen, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post 10: den Monat 1.—

Nummer 41

Düsseldorf, den 10. Oktober 1931

Versandort Krefeld

Mangel und Ueberfluß

Die Güter der Welt waren nie gleichmäßig verteilt. Immer gab es Mangel und Ueberfluß zugleich, Arme und Reiche, Hungerige und Satte. Solche, die zu viel haben, denen ihr Ueberfluß zur ständigen Sorge wird und die nie ganz froh sein können. Und andere, die zu wenig haben, die oft nicht wissen, wo sie das notwendige Stücklein Brot für sich und ihre Kinder hernehmen sollen, denen ihre ständige Not zur seelischen Qual wird und auf deren Lebensweg das Licht der Freude gar selten fällt. Die einen haben zu viel Raum, als daß sie sich wohl und heimisch fühlen könnten. Und daneben sind viele, die keine Heimstatt haben, die fremd bleiben und doch verurteilt werden, wenn sie irren.

So war es früher, und heute ist es bestimmt nicht anders. Zwar wurde immer wieder versucht, Mangel und Ueberfluß auszugleichen. Ganz gelungen ist es aber nie. Ob es für die Zukunft gelingen wird, ist eine vielumstrittene Frage. Die behaupten es zu erstreben und leicht erreichen zu können, begehen den großen Fehler, daß sie glauben, dieses Ziel, die Sehnsucht aller, die Mangel leiden erreichen zu können mit einer Umformung der äußeren Verhältnisse. Sie überschätzen das Materielle, lassen es allein gelten und halten damit den Grundsatz hoch, der den Reichtum zur Gefahr und den Armut zur Qual macht. Sie glauben, die Befriedigung durch Gesehe erreichen zu können und verleugnen, daß die Verhältnisse, auch wenn sie ungerecht sind, von Menschen verursacht und gemollt sind. Daß also die Umgestaltung der äußeren Verhältnisse eine Gesinnungsänderung der Menschen zur Voraussetzung hat.

Aber damit soll nicht gesagt sein, daß der Zustand, lähmender Ueberfluß auf der einen und verzehrender Mangel auf der anderen Seite, unabänderlich sei. Damit soll gesagt sein, daß der Materialismus mit seinen unheilvollen Folgen und zerstörenden Auswirkungen nicht mit Materialismus beseitigt werden kann. Damit soll betont Kapitalismus mit dem materialistischen Sozialismus überwinden will.

Die Güter der Welt gleichmäßig unter alle Menschen zu verteilen, wird zwar nie möglich sein. Aber Mangel und Ueberfluß insofern auszugleichen, daß weder das eine noch das andere den Menschen zeitweilig als Gefahr umlauert, das ist möglich und auch notwendig. Was heute ist, ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Nicht immer sind es Reiche, die den ganzen Nutzen menschlicher Betätigung an sich nehmen wollen. Und nicht immer sind es Nichtsnutzige, die entbehren müssen. Es ist sehr oft, ja meistens genau umgekehrt. Und dadurch wird der Gegensatz zwischen Satten und Hungerigen zu einer Volk- und Staat bedrohenden Feindschaft.

Mangel und Ueberfluß hat auch früher in der Wirtschaft gleichzeitig bestanden. Jergendwo ist ein Naturprodukt verdorben, das anderwärts dringend notwendig gewesen wäre. In irgend einem Land gefüllte Scheunen, lästiger Ueberfluß, und in einem anderen Land hungerige und verhungernde Menschen: das hat es auch früher gegeben. Und das war begreiflich. Die Ueberfluß hatten, wußten nichts vom Hunger der anderen. Und hätten sie es gemerkt, wären sie technisch doch nicht in der Lage gewesen, Mangel und Ueberfluß auszugleichen. Anders ist das heute. Die Menschen und Völker erfahren von ihrer gegenseitigen Not. Und die Entfernungen sind kaum mehr Hindernis, um gegenseitig auszutauschen und auszubessern. Die Völker sind einander räumlich näher gekommen. Die Menschen auch. Die Erde ist nicht mehr unendlich.

Aber die Menschen sind sich innerlich nicht näher gekommen. Sie sind einander fremder und ganz bestimmt gleichgültiger geworden. Technisch wäre es wohl möglich, Mangel an Ueberfluß auszugleichen, praktisch will es aber nicht gelingen. Nicht einmal im eigenen Land. Der Bauer steht vor der vollen Scheune und seufzt, weil er nicht verkaufen kann. Und tausende Städte klagen, klagen mit Recht, daß sie nicht einmal satt zu essen haben. Der Bauhandwerker hat keine Wohnung, obwohl und weil er feiern muß. Mütter flicken die einzigen, letzten Kleider ihrer Kinder immer und immer wieder, die Kleider, die aus einem Stoff gefertigt sind, von dem sie, als sie Arbeit hatten, für geringen Lohn täglich viele Meter webten. Die Lüste würde so lang, sollten alle auch nur erwähnt werden, die Mangel leiden, weil Ueberfluß ist.

In Brasilien wird ein Teil der Kaffee-Ernte ins Meer geschüttet, damit der sehr hohe Preis dieses Produktes gehalten werden kann. In Ecuador läßt man aus dem gleichen Grunde den Kakaokakao vertrocknen. In den Südstaaten von Nordamerika wird ein Drittel der Baumwollenernte wieder zerstört. Nur um den Preis zu halten, während bei uns und anderwärts Tausende in verschliffener Wäsche, in verbrauchten Kleidern, in Lumpen herumlaufen. In China sind Millionen Menschen von einer Hungersnot bedroht. Und drüben in Amerika, am Mississippi, werden Maschinen mit Weizen geheizt. In Deutschland wurde vergangenes Jahr die Verfütterung von Roggen an Schweine im Westen verlangt und gefördert, während zu gleicher Zeit im Osten Landarbeiter Kartoffeln zum Brotbacken verwenden mußten, weil infolge der vorgeschriebenen 60prozentigen Roggenaus-

Die deutsche Textilindustrie in der Krise.

Rückgang der Betriebe und Rückgang der Beschäftigten.

Während für die Mehrheit der übrigen Industriezweige der Eintritt der allgemeinen Wirtschaftskrise sich erst im Laufe des vergangenen Jahres in einem entsprechenden Rückgang der Betriebe und Beschäftigten auswirkte, machte sich der Konjunkturrückgang in der deutschen Textilindustrie bereits im Jahre 1928 empfindlich bemerkbar. So zeigten die Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbehörden bereits Ende 1929 gegenüber einem allgemeinen Rückgang der gewerblichen Arbeitnehmer in den Gewerbeaufsichts unterstellten Betrieben (mit mehr als fünf Beschäftigten) um 1 v. H. in der Textilindustrie einen Rückgang der beschäftigten Personen um 5,5 v. H.; während gleichzeitig gegenüber dem Vorjahre trotz des einseitigen Konjunkturrückganges die Gesamtzahl der gewerblichen Betriebe noch um 1 v. H. stieg, erfuhr die Zahl der Textilbetriebe einen Rückgang um 4,2 v. H. Diese Einschränkung der Produktionsleistung in der Textilindustrie unter dem Druck der Krise setzte sich im Jahre 1930 in verschärftem Maße fort und führte zu einer weiteren beträchtlichen Verminderung der Betriebs- und Beschäftigtenzahlen. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung ist allerdings zu berücksichtigen, daß ebenso wie im Vorjahre auch bei den Ergebnissen der letzten amtlichen Zählungen nur ein Teil der Verminderung der Betriebs- und Beschäftigtenzahl auf Betriebsstillegungen entfällt, moegen ein anderer nicht unbedeutender Teil dieses Rückganges durch Zurückzuführen ist, daß Betriebe die Erhebungsgrenze (fünf Beschäftigte) unterschritten haben und damit aus der Kontrolle der Gewerbeaufsicht entfallen sind.

Die Auswirkung der Krise auf die Gesamtindustrie.

Es war zu erwarten, daß auch für die gesamte wirtschaftliche Depression im Jahre 1930 sich in einem allgemeinen Rückgang der gewerblichen Tätigkeit auswirken würde. Die Entwicklung der Arbeitslosen Zahl ließ bereits Ende 1930 (Zunahme gegenüber dem Vorjahr Juli 1930: 1,5 Mill.) entsprechende Rückschlüsse tun. So ging denn auch die Zahl der gewerbeaufsichtspflichtigen Betriebe von 285 503 auf 266 098, also um 19 405 Betriebe oder 6,8 v. H. und die Zahl der darin beschäftigten Arbeitnehmer von 10 596 567 auf 9 206 355, also um 1 390 212 Beschäftigte oder 13,1 v. H. gegenüber dem Vorjahre zurück. Besonders beachtlich ist bei dieser Gesamtentwicklung die folgende Feststellung: Die Zahl der Mittelbetriebe (Betriebe mit mehr als 5 bis 49 Beschäftigten) und Großbetriebe (über 50 Beschäftigte) sowie die der darin beschäftigten Arbeitnehmer stieg von 1926 bis 1928 ununterbrochen, um nach dem Höchststande von 1928 wieder rapide zurückzugehen, so daß die Mittel- und Großbetriebe 1930 gegenüber 1928 einen Rückgang um 6,8 v. H. und die Zahl der Arbeitnehmer einen solchen um 13,1 v. H. zu verzeichnen hatten. Durch diese Schrumpfung der Mittel- und Großbetriebe hat die Zahl der Kleinbetriebe naturgemäß gegenüber 1929 eine erhebliche Zunahme — um 18 818 auf 435 014 — und die darin beschäftigten Arbeitnehmer eine Steigerung um 19 993 auf 824 292 erfahren. Ueberraschend ist die starke Abnahme der Großbetriebe um 11,9 v. H. gegenüber dem Rückgang der Mittelbetriebe um 6 v. H. Diese geringere Abnahme der Mittelbetriebe ist offenbar daraus zu erklären, daß zahlreiche Großbetriebe durch die Verminderung der Beschäftigtenzahl in die Gruppe der Mittelbetriebe sanken und so den Abgang der Mittelbetriebe zum Teil wieder ausglich.

Die Zahl der Betriebe in Industrie und Handwerk ging um 9,5 v. H. bzw. 15,3 v. H. zurück und erreichte damit den Tiefstand des Krisenjahres 1926. Wesentlich geringer ist der Rückgang der Betriebe im Handel mit 0,7 v. H. und im Verkehrswesen mit 5,8 v. H.

Beachtlich ist weiter bei dieser Gesamtentwicklung die Tatsache, daß der Personalarückgang bei der Arbeiterenschaft stärker als bei der Angestelltenenschaft war, es erhöhte sich der Anteil der Angestellten an der Gesamtbeschäftigtenzahl um 2,3 v. H. auf 21,3 v. H. Weiter erfuhr die Zahl der männlichen Beschäftigten insgesamt eine stärkere Verminderung als die der weiblichen, der Anteil der letzteren stieg damit gegenüber dem Vorjahre um 1,4 v. H. auf 27,8 v. H. Diese Zunahme entfällt normiegender auf die beschäftigten Angestellten.

Die Textilindustrie.

Die Textilindustrie zeigt in der Entwicklung der Betriebe und Beschäftigten folgendes Bild: Die Gesamtzahl der Betriebe sank weiter von 12 143 auf 11 154, also um 8,1 v. H. Die Zahl der darin Beschäftigten ging von 1 068 521 auf 950 944, mithin um 11 v. H. zurück. Auch hier war der Rückgang der Großbetriebe (über 50 Beschäftigte) erheblich stärker als der durchschnittliche Rückgang.

Die Verteilung der Beschäftigten und Zahl der Betriebe in den einzelnen Branchen der Textilindustrie ergibt folgende Gegenüberstellung:

Beschäftigte und Betriebe in der Textilindustrie:

	Beschäft. Personen		in Betrieben	
	1929	1930	1929	1930
Kunstseidenindustrie	38 899	27 738	32	27
Mollindustrie	195 564	173 663	1436	1291
Baumwollindustrie	296 388	267 529	1961	1818
Wollseidenindustrie	79 194	64 663	651	611
Leinwand- und Stoffindustrie	25 511	22 415	171	167
Wollwaren- und Bandind.	34 737	32 352	327	269
Wollseiden- und Strickeret	172 366	157 610	3113	2831
Wollseidenweberei	39 334	34 698	1295	1146
Wollseidenindustrie	85 060	77 810	1298	1225
Seidenerei, Kerei etc.	16 907	14 839	249	228

Wie bereits im Vorjahre, so traf die im Jahre 1930 sich verschärfte auswirkende Krise einzelne Zweige der Textilindustrie in besonderer Weise, während andere Zweige verhältnismäßig gesont blieben bzw. eine größere Widerstandskraft zeigten. So konnte die Seidenindustrie in besonders auffallender Weise ihren Beschäftigtenstand annähernd halten, während die Kunstseidenindustrie, die im Vorjahre noch verhältnismäßig von der Krise verschont blieb, eine ganz erhebliche Verminderung ihrer Beschäftigtenzahl vornehmen mußte. In den übrigen Zweigen setzte sich die Einengung der Produktionsleistung etwa annähernd in dem Maße des Vorjahres fort.

Leider geben die Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbehörden auch in diesem Jahre keinen Aufschluß über die tatsächliche Fluktuation innerhalb der verschiedenen Betriebs- und Branchengruppen, der das Bild wesentlich vervollständigen würde. Trotzdem zeigen sie ohne Frage einen außerordentlich beachtlichen Gesamtaufwärt der konjunkturellen Entwicklung, welcher die Auswirkung der Krise auf die deutsche Textilindustrie in deutlicher Weise bekundet.

mahlung des Deputatgetreide zur Ernährung der Familie nicht mehr ausreichte.

Das alles hat mit Vernunft nichts mehr gemein. Das ist Unvernunft. Das ist Unmoral. Das ist — wenigstens was die Vernichtung der Kaffee-, Kakao- und Baumwollenernte anbelangt — ein Verbrechen. Ein Verbrechen an den Menschen und gegen Gott, dessen Gaben, die für Menschen bestimmt sind, aus Gewinnsucht zerstört werden. Das widerspricht dem ursprünglichen Sinn des Wortes „Wirtschaft“. Das zerstört den Sinn der Wirtschaft, die das Gegenteil von Vernichtung sein soll und sein muß!

Es ist begreiflich, wenn aus diesen widerspruchsvollen Zuständen der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftform gefolgert wird. Aber trotzdem ist diese Schlussfolgerung falsch. Falsch ist insbesondere, von einer Aenderung der Wirtschaftform alles erwarten und darauf alle Hoffnung setzen zu wollen. Nicht auf eine Aenderung der Wirtschaftform kommt es an, von einer Aenderung der Wirtschaftsmoral hängt alles ab!

Diese Erneuerung der Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftsmoral darf aber die Arbeitnehmerschaft nicht von anderen erwarten. Darum zu ringen ist ihre Aufgabe und ihr Vorrecht. Der Erfolg dieses Ringens aber wird bestimmt von der weltanschaulichen Grundlage, von der aus es erfolgt. Es ist deshalb nicht nebensächlich oder gar

gleichgültig, in welcher Front der einzelne kämpft. Die notwendige sittliche Erneuerung dessen, was als Wirtschaftsleben bezeichnet wird und was darauf Einfluß hat, wird nur gelingen, wenn die Menschen das richtige Verhältnis zum Materielle finden, dessen Ueberbewertung die Hauptursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der großen sozialen Not ist. Eine Lebensauffassung, die im Diesseitigen aufgeht, kennt kaum eine andere als nur förmliche Verantwortung. Eine gottlose Wirtschaft ist Selbstzweck, sinnlos und unsozial, ganz gleich, in welcher Form sie betrieben wird. Eine Verantwortung aber, die ins Jenseitige, ins Unendliche und Unvergängliche hinübertragt, beschränkt sich nicht auf das Förmliche. Sie gilt nicht nur vor den Menschen, sie gilt auch vor Gott, vor dem der Mensch für seinen Mitmenschen verantwortlich ist.

Darum muß die christliche Arbeiterschaft um die Verwirklichung christlicher Grundsätze ringen, heute mehr denn je. Dazu ist sie verpflichtet. Die Erfüllung dieser Pflicht ist aber kein hartes, drückendes Muß, sondern befreiende Tat. Mögen Gleichgültige höhnen, Irregeleitete spotten, Schuldige drohen. Was liegt daran? Zu allen Zeiten wurden die Christen verhöhnt, verspottet und verfolgt, aber das Evangelium der erlösenden, befreienden und versöhnenden Liebe brachten sie nicht zum Schweigen. Und gegenwärtig darf es nicht schweigen! S. B.

Erläuterungserlaß der Reichsanstalt zur Kurzarbeiterunterstützung

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt hat zu seiner Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützung vom 27. August 1931 einen Erläuterungserlaß herausgegeben. Dieser Erläuterungserlaß war notwendig geworden, da durch Entscheidungen dritter Stellen eine Auslegung freierher Verordnungen erfolgte, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Übereinstimmung zu bringen war. Nach dem Erläuterungserlaß ist Arbeitsmangel im Sinne der Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung dann gegeben, wenn die betriebsübliche Arbeitszeit aus wirtschaftlichen Gründen verkürzt wird. Wie bisher kann auch künftig Kurzarbeiterunterstützung nur gewährt werden, wenn die Kurzarbeit in einem gewerblichen Betrieb eintritt, in dem regelmäßig mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Es ist aber nicht nötig, daß alle mindestens 10 Arbeitnehmer eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung kurzarbeiten. Vielmehr genügt es, wenn für einzelne Arbeitnehmer des Betriebes infolge Arbeitsmangel drei, vier oder fünf volle Arbeitstage in einer Kalenderwoche ausfallen und dadurch das Arbeitsentgelt entsprechend verringert wird. Die wichtigste Bestimmung trifft der Erläuterungserlaß zu den Auswirkungen einer Gewerkschaftsfeier, wonach Wochenfeiertage nicht als ausfallende Arbeitstage betrachtet werden können. Diese Entscheidung ist vielfach beklagt worden. Darum hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt durch positive Anordnungen nunmehr klargestellt, daß Wochenfeiertage wenigstens dann als Ausfalltage zu rechnen sind, wenn an dem betreffenden Wochentag auch nach dem Kurzarbeitsplan nicht gearbeitet worden wäre. Durch diese Anordnung ist erreicht, daß Wochen mit solchen Feiertagen den Bezug der Kurzarbeiterunterstützung nicht mehr zu schmälern oder zu unterbrechen brauchen.

Auswirkungen der Notverordnung

Die Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung und Krüpfenfürsorge sind in letzter Zeit wiederholt durch Notverordnung herabgesetzt worden. Das hat in sehr vielen Fällen dazu geführt, daß diese Unterstützungsempfänger die in den Gemeinden gültigen Richtsätze der Wohlfahrtsfürsorge nicht erreichen. Die Gemeinden sehen sich deshalb wohl oder übel gezwungen, den Hauptunterstützungsempfängern in diesen Fällen die Arbeitslosenversicherungssätze zuzugestehen zu müssen.

In welchem Ausmaß diese zusätzlichen Unterstützungen bereits gewährt werden müssen, darüber hat der Deutsche Städtetag in einer Mitteilung an die Presse einige Zahlen veröffentlicht. So wurden Ende August in der gemeindlichen Wohlfahrt bereits 112.000 solcher Zuschlagempänger gezahlt. Davon waren 63.000 oder 56 Prozent Krüpfenunterstützte. So gewinnt die Frage der Zuschlagempänger für die Gemeinden mit der Zeit immer mehr an Bedeutung.

Es ist zu erwarten, daß durch die Notverordnung, welche die Unterstützungssätze herabsetzt, die Gemeinden in der Frage der Kürzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und Krüpfenfürsorge voll und ganz gerechtfertigt. Die Gewerkschaften waren ganz entschieden Gegner weiterer Kürzungen, weil sie glaubten, daß damit die Existenz mancher Familien gefährdet würde. Jetzt zeigt sich in der Praxis, wie berechtigt diese Stellungnahme war. Um die Familien vor der Verelendung zu bewahren, müssen die Gemeinden Zuschlagempänger zahlen. Es ist somit also lediglich eine Verschiebung in der Anbringung der Mittel eingetreten. Dieselben Gemeinden, die ihre Wohlfahrtskassen kaum aufzubringen vermögen, haben auch noch die Mittel für die Zuschlagempänger zu tragen. Erstem gibt es auch jetzt noch Kräfte, die weiteren Kürzungen in der Arbeitslosenversicherung das Wort reden.

Forst, Stadt der Tat

In der Nr. 37 der „Grünen Post“ gibt Manfred Georg eine Beschreibung der Stadt Forst (Lausitz). Wir finden es ganz an der Ordnung, wenn die Leistungen der deutschen Arbeiterklasse einmal bewußt in das Licht der Öffentlichkeit gestellt werden. Man soll sich aber vor allzu großen Übertreibungen hüten. Die Beschreibung der Stadt Forst von obengenanntem Schriftsteller verfallt bedauerlicherweise in diesen Fehler. Und es vorweg zu betonen, die Möglichkeit, daß in Forst ein Arbeiter ein „vermögender und prominenter Mann“ werden kann, ist eine völlige Verkennung der Tatsachen. Gewiß hat es einmal in Forst, wie in jeder anderen Textilstadt, diese „Möglichkeit“ gegeben. Heute sind wir jedoch weit von dieser Möglichkeit entfernt. Die Tatsachen beweisen eher das Gegenteil. Forst als „märkisches Wäldchen“ mit seinen 11 Textilbetrieben und rund 13.000 Textilarbeitern (amtliche Zählung von 1925) hat heute besonders stark unter der Wirtschaftskrise zu leiden. Betriebsstillegungen überflügen sich. Rohstoffe sind keine Seltenheit. Gleichzeitig verfügt Forst über Betriebe, die in Doppelschicht oder 24 Stunden arbeiten. Forst wird keinem Namen als märkisches Manufaktur in jeder Hinsicht gerecht. Klagen doch selbst schon einzelne Unternehmer über den mangelnden Absatz ihrer Waren. Ihre Kollegen für eine gleichmäßigere Auftragsverteilung. Was es sich hier auch um Unternehmer handelt, die sich auf dem Wege zum „vermögenderen und prominenten Mann“ befinden, so beweist das gerade, wie wenig die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß Forst gerade infolge seiner vielen Klein- und Kleinbetriebe besonders unter der Krise zu leiden hat. Diese „Quetschen“ (wie der Forster sagt) können den heutigen Nationalökonomie- und Leistungsansprüchen in keiner Weise gerecht werden.

Wie wenig der Forster Textilarbeiter in der Lage ist, an einem wirtschaftlichen Aufstieg zu glauben, das beweist ihm jede Woche sein vermindertes Lohn. Der Beschäftigte der „Forst, Stadt der Tat“ schätzte seinen diesbezüglichen Auführungen vornehmlich vor, wenn der Arbeiter über Geld, ein wenig Glück und Verdienst verfügt. Nun, den notwendigen Geld besitzt der Forster Textilarbeiter schon, muß ihn besitzen, wenn er nicht mit der Arbeits-

Die Jugend in der Erwerbslosenversicherung

Eine wichtige Entscheidung der Reichsanstalt

Wie allgemein bekannt, brachte die Notverordnung vom 5. Juni 1931 besonders für die jugendlichen Erwerbslosen eine erhebliche Verschlechterung. Die Altersgrenze für die Unterhaltungsbeziehung wurde von 16 auf 21 Jahre heraufgesetzt. Nach dieser Verordnung sollten alle jugendlichen Arbeitslosen, sofern ihnen ein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht, keine Unterstützung mehr erhalten. Ein familienrechtlicher Anspruch ist dann gegeben, wenn der Jugendliche im Elternhause wohnt und somit seine Eltern für ihn zu sorgen verpflichtet sind.

Nun kommt es aber darauf an, ob die Eltern auch wirklich imstande sind, den Jugendlichen zu ernähren, d. h. ob der Unterhaltsanspruch auch realisierbar, also durchführbar ist. Das ist aber in den wenigsten Fällen möglich. Oft ist dieser Unterhaltsanspruch auch nur teilweise durchführbar. Ist das der Fall, so fallen diese Jugendlichen, trotzdem sie noch keine 21 Jahre alt sind, nicht ohne weiteres aus der Unterstützung heraus. Der familienrechtliche Unterhaltsanspruch allein begründet noch nicht die Herausnahme des Jugendlichen aus der Arbeitslosenunterstützung, sondern die Eltern des betreffenden Jugendlichen müssen auch in der Lage sein, den Unterhaltsanspruch zu erfüllen. Die Durchführungsbestimmungen des Präsidenten der Reichsanstalt lauten darüber:

„Um eine gleichmäßige Beurteilung der Frage sicherzustellen, wann ein Unterhaltsanspruch verwirklicht werden kann, halte ich es bis auf weiteres für unbedenklich, sich dafür an die Grundsätze anzulehnen, die für die Bedürftigkeitsprüfung in der Krankenversicherung gegeben sind.“ (Reichsarbeitsblatt Nr. 19 I S. 144.)

Nach diesen Grundsätzen bleibt für den Unterhaltspflichtigen selbst (Vater) wöchentlich ein Betrag von 20,- Reichsmark seines Verdienstes anrechnungsfrei und für jeden weiteren Unterhaltspflichtigen ein Betrag von 10,- Reichsmark (Mutter, Geschwister), verdient z. B. ein Fa-

milienvater 40,- RM pro Woche und hat für die Ehefrau und ein minderjähriges Kind zu sorgen, so reicht für den arbeitslosen Jugendlichen (Sohn oder Tochter) der Verdienst als Unterhaltspflicht nicht mehr aus. Beträgt aber der Verdienst 45,- RM, würden 5,- RM bei dem Unterhaltungsbezug angetechnet und der arbeitslose jugendliche Teilunterstützung erhalten, d. h. sein Unterhaltungsbetrag würde um 5,- RM gekürzt.

Durch diese Auslegung der Notverordnung kommt also doch eine große Anzahl jugendlicher unter 21 Jahren in den Genuss der Unterstützung. Wie aus einzelnen Beispielen gemeldet wurde, ist auch die Handhabung dieser Bestimmung durch die Arbeitsämter eine ziemlich milde. Das Geschrei der Kommunisten, alle Jugendlichen unter 21 Jahren ständen ohne jegliche Unterstützung da, stimmt also nicht. Gewiß sind noch außerordentlich viele Härten da und unsere Bemühungen gehen dahin, alle Jugendlichen wieder in die Unterstützung einzubeziehen. Wenn aber die kommunistischen Blätter und besonders die Jugendorgane der Kommunisten immer wieder von dem „Unterstützungsrund hunderttausender jugendlicher durch die Brüningdiktatur“ schreiben, so dient das nur der Verhöhnung jugendlicher Menschen, was ja auch letzten Endes das Ziel der Kommunisten ist.

Die Erhöhung der Altersgrenze hat dann weiter zur Folge, daß Jugendliche unter 21 Jahren, die sich einen Wanderschein ausstellen lassen wollen, diesen nur dann erhalten, wenn der Unterhaltsanspruch festgestellt ist. Wird die Bedürftigkeit verneint, kann der Betroffene auch keinen Wanderschein mehr erhalten. Allen Jugendlichen, die mit im Elternhause versorgt werden können, ist nun die Möglichkeit genommen, in der Fremde Arbeit zu suchen, weil ihnen der Wanderschein verweigert wird.

Auch diese Bestimmung kann nicht unsere Zustimmung finden. Wir werden nach wie vor darauf drängen, daß auch hier eine Änderung eintritt.

Ueble Stimmungsmache

Die Arbeitgeberverbände und die ihnen willfährige Presse versucht in der letzten Zeit mit allen Mitteln den Beweis zu führen, daß die Starrheit der Tarifverträge eine Hauptursache mit an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sei. Es werden dann Beispiele angeführt, wo durch die Starrheit der Tarife und das starre Festhalten der Gewerkschaften an den tariflichen Bestimmungen Auslandsaufträge nicht ausgeführt werden konnten und damit der Industrie und der Arbeiterschaft die Beschäftigungsmög-

So bringt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 36, unter der Überschrift: „Erfolgreiche Prinzipienreiterei“ eine Notiz aus der Krefelder Seidenindustrie. Danach soll in einer Krefelder Seidenweberei die Möglichkeit bestanden haben, einen großen Auftrag aus dem Auslande auf Herstellung eines Postens eines bestimmten Seidengewebes zu erhalten. Die Firma habe jedoch den Auftrag nur annehmen können, wenn die Weber jeder zwei Stühle bedient und sich dafür mit dem anderthalbfachen Lohn begnügen hätten. Der Betriebsrat soll den Vorschlag der Firma angenommen haben. Dann heißt es weiter:

Jedoch die Gewerkschaft mißte sich ein und lehnte das Anerbieten der Firma ab, mit der Begründung, daß die Bedienung von zwei Stühlen dem Grundsatze des Tarifvertrages widerspreche und daß die Gefahr bestände,

daß die einmalige Durchbrechung Schule machen könnte und dadurch die Tarifgrundlagen untergraben würden.“

Diese Notiz war als Zweckmedung allzu deutlich zu erkennen. Die Firma, bei der sich diese Vorgänge abgespielt haben sollen, ist nicht angegeben. Dann vertritt der Artikel auch eine allzu große Unkenntnis der tariflichen Bedingungen für die Krefelder Seidenindustrie. Seit Jahr und Tag ist in der Krefelder Seidenindustrie die Bedienung von zwei Stühlen ganz allgemein üblich und auch die Löhne für zwei Stühlewer tarifertraglich geregelt. Auch eine Bedienung von zwei Stühlen in den meisten Gewerkschaften und bei den Betriebsräten ergibt, daß über dieartige Vorgänge in einer Krefelder Seidenweberei nichts bekannt geworden ist.

Wir müssen also von der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ verlangen, daß sie die Firma nennt, in der sich diese Vorkommnisse abgespielt haben, da wir sonst dieselbe als üble Stimmungsmache gegen die Gewerkschaften und gegen die Tarifverträge betrachten müssen.

Dann noch ein anderes. In den letzten Wochen sind in der Krefelder Seidenindustrie wiederholt außer tarifliche Kürzungen der Lohnsätze vorgenommen worden und stehen verschiedene Firmen noch in Verhandlungen über außertarifliche Kürzungen der Löhne. Vielleicht nimmt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ einmal die Gelegenheit wahr, auch hierüber die Öffentlichkeit und ihre Mitglieder zu unterrichten.

losigkeit Bekanntheit machen will. Aber am Verdienst, da mangelt es ganz gewaltig. Es ist eine bekannte Tatsache, daß niedrige Löhne gezahlt werden. Mit einem Weber-Stundenlohn von 61,5 Pfg. (einschließlich Akkordzuschlag für Männer und 50,5 für Frauen, steht Forst an niedriger Stelle von allen tariflich erfaßten Industriegebieten Deutschlands. Wochenlöhne von 20,- RM, und darunter sind an der Tagesordnung. Das ist angesichts der erneuten Lohnaufbauforderung der Unternehmer besonders festzustellen. Die Löhne liegen teilweise schon unter dem Stande von 1927. So bezahlt z. B. die Firma H. & Co. für 1000 Schuß auf einer Seidemaschine (Zwinningshaar) über 200 cm breit 2,5 Pfg., gegenüber 22 Pfg. 1927. Diese Beispiele könnte man noch vermehren. Das bei solchen Löhnen die Arbeiter ein „vermögender und prominenter Mann“ zu werden, unmöglich ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Wir weisen nun keineswegs behaupten, daß Manfred Georg diese Tatsachen bewußt nicht beachtet hätte. Diejenigen aber, die den Artikelshreiber instruierten, möchten wir bitten, in Zukunft objektiver zu berichten. bt.

Allgemeine Rundschau

Gewerkschaften haben wir immer gehabt. Aber ihre Zahl und ihr Einfluß ist nach dem Kriege so sichtbar nach oben gegangen, daß sie die Weltgewichte der wirtschaftlichen Kreislauf führen und ein bei der knappen Not weitaus mehr entscheidendes Wort mehr vermögensreiches logisches Geistesprodukt darstellen. Der „Deutscher General-Anzeiger“ (21. August 1931) schätzte das Gesamt-Jahreseinkommen der Direktoren der in Deutschland vorhandenen 11.344 Aktiengesellschaften auf 1.701.600.000 RM, und den Reinerwerb der 113.448 Angestelltenmitglieder auf 57.200.000 RM, zusammen also 2.268.800.000 RM. Das sind aber nur die höchsten Spitzen der wirtschaftlichen Unternehmungen, die also gewissermaßen mehr verdienen als der Rest der deutschen Wirtschaftsgesellschaften, innerhalb eines Jahres ausmacht. Dazu kommen noch die ebenfalls überaus großen Gehälter der übrigen leitenden Angestellten, deren Zahl von 4,3 bis 9 hundert Arbeiter vor dem Kriege auf 65 bis 70 hundert Arbeiter nach dem Kriege anwuchs. Das heißt man folgende Zahlen gegenüber. Während der vollbeschäftigte Industriearbeiter durchschnittlich jährlich 1500 Reichsmark, der vollbeschäftigte Textilarbeiter ge-

durchschnittlich jährlich 1050 RM an Lohn erhält, beträgt das Jahreseinkommen des Generaldirektors des Siemens-Konzerns 600.000 RM, des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie 600.000 RM, des Generaldirektors des Inag-Konzerns 575.000 Reichsmark, des Generaldirektors des Ruhr-Rohstoffwerks 400.000 Reichsmark, eines Vorstandsmitgliedes der Deutschen Bank 350.000 RM, des Generaldirektors der Rheinisch-Westfälischen Industrie 650.000 RM, des Generaldirektors der Gewerkschaft „König Ludwig“ (einschließlich Nebeneinkommen) 250.000 RM, eines Direktors der Rheinisch-Westfälischen Industrie 240.000 Reichsmark, eines Direktors der Krupp A. G. 120.000 RM, eines Direktors des Hüttenwerkes 110.000 RM, des Generaldirektors der Metallischen Braunkohle 250.000 RM, eines Direktors des Stahlwerksverbandes 180.000 RM, eines Direktors der Vereinigten Textilwerke 180.000 RM, des Reichsbankpräsidenten 168.000 RM, des Reichsbahnpräsidenten 112.000 RM, des Generaldirektors der Reichsbahn 97.000 RM.

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Die unendlich geringen Löhne der Arbeiter sind unangenehm untragbar, die Gehälter der Großverdiener dagegen unantastbar.

Zwei Pferde

Zwei ausgehungerte Pferde ziehen einen schweren Lastwagen. In Berlin auf der Friedrichstraße. Blöckchen können sie nicht mehr weiter. Alles Schloßen und Fluchen hilft nichts. Es geht einfach nicht mehr. Eine Menschenmenge sammelt sich an. Man spricht von Skandal, Unmenslichkeit und Polizei. Die erscheint, schreit den Tatbestand auf. Die Menge nimmt Stellung gegen den Polizeiführer, weil der nicht gleich an dem Reiter ein Exemplar Spaltenlang berichtet die Großstadt-Presse über den Fall. Es heißt Protestmarsch gegen die Tierquälerei. Der erklärt eines der Pferde für arbeitsunfähig und fordert bei dem anderen einen neuen Spießhahn. Die Pferdebesitzervereinigung Deutschlands nimmt sich ebenfalls des Falles an, entfendet ihre bedeutendsten Kapazitäten an den Tatort. Die stellen Strafantrag gegen den Besitzer der Pferde und veranlassen die Polizei, den Stall des betreffenden Fuhrunternehmers ständig zu überwachen. Zum Schluß bildet sich ein neuer Verein mit dem Ziele, die beiden Pferde anzukaufen und ihnen einen glücklichen Lebensabend zu garantieren.

Man freut sich natürlich, daß es noch so warmherzige Tierfreunde gibt. Ein Demutstropfen allerdings fällt in den See der Freude. Um die vielen Tausende von ausgehungerten Pferden, die man heute auf dem Pflaster der Großstädte sieht, kümmert sich niemand. Wenn doch für sie nur ein Teil der Liebe und Sorge, die man den beiden Pferden zuwendet, hätte, es würde viel Leid und Bitterkeit weniger in unserem Vaterland sein.

Professorenweisheit!

Haus und Grund, das Organ des Düsseldorfer Haus- und Grundbesitzervereins, bringt in seiner Nr. 37 vom 12. September einen längeren Aufsatz „Die Ausrottung des Tüchtigen“ aus der Feder des Herrn Professors Dr. Richard Grün. Dieser Aufsatz enthält soviel Schiefheiten, daß selbst die Redaktion von „Haus und Grund“ es für nötig fand, ihn vorzichtigerweise mit einer einschränkenden redaktionellen Anmerkung zu versehen.

Der fragliche Artikel geht davon aus, daß vor 150 Jahren bei der französischen Revolution die These von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt, aufgestellt wurde. Damit sei die höhere Leistung als solche diskreditiert worden, und es habe ein Kampf eingesetzt gegen diejenigen, die sich in irgend einer Form ausgezeichnet hätten. Die Minderleistungsfähigen und Schwachen dagegen seien bevorzugt worden. So lasse sich auch heute noch die Herabsetzung der Tüchtigen bei gleichzeitiger Bevorzugung der Masse der Untüchtigen, was in einer Nivellierung und Unterdrückung der Individualität auslaufe, verfolgen. Als Beispiel wird dafür angeführt der Kampf gegen den Adel, gegen Titel, Orden und Autorität.

Es wird dann die Behauptung aufgestellt, daß der Tüchtige sich im Laufe der Zeit Besitz erlinge, während der Dumme naturgemäß leer ausgehe. In weitaus der Mehrzahl der Fälle hätten die Besitzenden diesen Besitz auch „verdient“. Ein Kampf gegen sie sei nichts anderes als ein Kampf gegen die aufbauende Klasse im Staat. Wörtlich heißt es dann: „Und prompt richtet sich der Kampf in der Revolution mit Gewalt durch Enteignung und im Frieden durch Gesetzgebung gegen die Besitzenden und gegen ihre mehrlose und tüchtigste Klasse, die Grundbesitzer.“

Dem Herrn Professor mag dieses Kompliment an den Grundbesitz verziehen sein, mit Rücksicht darauf, daß sein Artikel für „Haus und Grund“ geschrieben wurde. Trotzdem glauben wir, daß das deutsche Volk seinen Aufstieg in der Vorkriegszeit an letzter Stelle dieser „tüchtigsten Klasse der Grundbesitzer zu verdanken hatte. Ob der Besitz „verdient“ wurde, interessiert nicht so sehr als die Tatsache, wie er verdient wurde. Doch das anzuführen, hat der Herr Professor leider vergessen.

Dann wird behauptet, daß die Parteien, die das Wohl der Masse auf ihre Fahnen geschrieben haben, bei ihrem Kampf gegen den Tüchtigen das Staatswohl gänzlich außer acht lassen, ja bewußt oder unbewußt in jeder Beziehung schädigen. Dies wird wie folgt begründet: „Indem diese Parteien nicht nur den Tüchtigen bekämpfen, sondern auch den Schwachen in übertriebener Weise stützen und in den Vordergrund schieben, geminnen sie die Masse für sich, da in dieser nun einmal mehr Dumme und Schwache als Kluge und Starke sind.“

Wie die übertriebene Stützung der Schwachen aussieht, sagt der Herr Professor an einer anderen Stelle: „Gewalt wird aber heute die Abgaben für die Kranken, die in teuren Irrenanstalten, luxuriösen Krankenhäusern und überaus menschenfreundlich eingerichteten Gefängnissen versorgt werden, sind soweit gestiegen, daß die Wirtschaft und der einzelne nicht mehr imstande ist, die nötigen Kosten aufzubringen, die durch falsche Verwaltung und ungenügende Kontrolle bei der Auswahl der zu Unterstützenden vervielfacht werden. Die übertriebene soziale Fürsorge und ihre kritiklose Ausdehnung auf solche, die sie nicht verdienen, mag zunächst nur als ein Fehler des Systems an sich, und die Verhinderung jeder Reform durch die linksstehenden Parteien könnte zunächst nur als allzu menschenfreundliche Mißbeurteilung werden, wenn nicht ein anderer Umstand wäre, der mit einem Schlag blühartig zeigt, daß hier nicht natürliches, wenn auch übertriebenes Empfinden, sondern glatte Degeneration am Werke ist.“

Wie diese Degeneration aussieht, wird des näheren geschildert: Abwendung vom Rinde, Kampf um Aufhebung des § 218 und Kampf gegen die Todesstrafe. Sehr starke Worte findet der Herr Professor gegen diejenigen, die sich unter Hinweis auf ihre wirtschaftliche Lage vom Rinde abwenden. Er schreibt: „So schamlos ist ein großer Teil unserer Volkes geworden, daß er den Rind seiner Kinder mit nichts anderem zu begründen für nötig hält als mit dem Hinweis auf die „wirtschaftliche Lage“. Was man den Kapitalisten übel nimmt, daß sie „vom Schweiß ihres Nächsten leben“, das verschlimmert man noch, indem man vom Blut seiner eigenen Kinder zehrt, indem man sie umbringt, auf daß es einem besser gehe.“

Die Entrüstung, die hier zum Ausdruck kommt über eine Entwicklung, die ihren Ausgangspunkt hat in jenen Kreisen, die von Herrn Professor Grün als „die Tüchtigen“, „die Starke“ hingestellt werden, mußte sich logischerweise gegen die letzteren richten. Oder ist etwa diese Volksstunde Gefühls- und der unteren Volksschichten? Hat nicht vielmehr die sogenannte „bessere Gesellschaft“ — also wiederum die Tüchtigen und Starke — schon vor Jahrzehnten den unteren Volksschichten in ihrem Ein- und Zweikindersystem ein Beispiel gegeben und so den Grund gelegt für die heutigen Zustände? Wir sind wahrhaftig keine Verehrer eines Systems, das unser Volk auf die Dauer zu Grunde richten muß. Aber wir wissen auch, daß daselbe gerade in den Kreisen, die dem Herrn Professor nahe stehen, viel weiter vorgeschritten ist als in Arbeiterkreisen.

Die Sozialpolitik, besonders die Fürsorge für die Kranken, soll übertrieben sein. Teuere Irrenanstalten, luxuriöse Krankenhäuser und überaus menschenfreundlich eingerichtete Gefängnisse sollen die Allgemeinheit zum Erliegen belassen. Wenn wir diese Einrichtungen in ihrer hygienisch einwandfreien Art heute besitzen, so danken wir es gerade der Wissenschaft, die sich in dankenswerter Weise dafür eingesetzt hat. Freilich einer anderen sozialen Wissenschaft, als wie sie Prof. Grün vertritt.

So spricht aus dem ganzen Artikel eine Schärfe und Volksfremdheit, die geradezu erschrecken macht. Es ist schon so, wie es an einer Stelle des fraglichen Artikels heißt: „Am Studiertisch in später Nacht schreibt eifrig der Gelehrte, er kämpft für seine Wissenschaft, sein Volk hat er vergessen.“ Und weil er sein Volk vergessen hat, das heißt nur war es möglich, daß eine derartige Abhandlung zustande kommen konnte. —

Ein Nachwort:

Zum Zusammenbruch des Blumensteinkonzerns

Bereits ehe die Schwierigkeiten im Nord-Wolle-Konzern und die Feinerzeit von uns gebrauchten Vorgänge bei demselben bekannt wurden, unterhielt man sich in eingeweihten Kreisen über ähnliche Vorgänge in einem andern bedeutenden Konzern in der deutschen Textilindustrie. Es handelte sich hier um noch schlimmere Schwierigkeiten, insbesondere aber um eine noch größere Mißwirtschaft, als wie sie im Nord-Wolle-Konzern offenbar wurde, um die Entwicklung und zunehmende Zusammenbruchgefahr des sogenannten Blumensteinkonzerns.

Auch dieser Konzern war ein typisches Inflationsgebilde. In der Vorkriegszeit noch so gut wie unbekannt, hatten es die Brüder Blumenstein verstanden, in der Inflation „das Geschäft“ zu machen und allmählich sich größeren Unternehmungen anzuschließen. Durch rücksichtslose Spekulation, die von der fortschreitenden Inflation begünstigt wurde, gelang ihnen so die Zusammenschaltung eines Konzerns, in dem nicht nur annähernd ein Duzend Textilbetriebe, sondern auch Unternehmungen der Zellstoff- und Papierindustrie maßlos durcheinander gewürfelt waren. Als Dachgesellschaft für den Aufbau und die Zusammenführung dieses Konzerns fungierte die Bank für Textilindustrie, Berlin, als weitere Finanzierungs-gesellschaften die Textilverwaltung A.G., Berlin, und die Josef & Alfred Blumenstein G.m.b.H., Berlin, sowie die Amsterdamer Alindubank. Außerdem bestand noch eine bisher unbekanntes sogenannte Holdinggesellschaft in Holland, die ähnlich wie im Nord-Wolle-Skandal die Aufgabe hatte, zunächst Privat-geschäfte für die Brüder Blumenstein zu ermöglichen und später die unbedenklichen Risiken und Verluste auf den Konzern zurückzubuchen. Einen Einblick erhielten die De-fizienten und die Großbanken nur in die Bank für Textilindustrie Berlin. In den übrigen Dachgesellschaften schalteten die Brüder Blumenstein nach freiem Ermessen.

Die maßlose Angliederung von Betrieben, die oft mit erheblichen Kapitalverpflichtungen in den Konzern ein-geschlossen wurden, mußte notwendigerweise zu einer star-ken Kapitalüberspannung des Konzerns führen. Auf eine beispiellose Art und Weise wurden die eingegangenen Schuldenverpflichtungen des Konzerns von einer Gesellschaft nach der anderen hin und zurück verschoben, so daß all-mählich ein fast unentwirrbares Finanzgarn sich ent-wickelte. Schließlich nahm der Konzern im Jahre 1925 durch Vermittlung englischer Banken eine Anleihe von 20 Millionen Mark in England auf, für die sämtliche Kon-zernbetriebe eine solidarische Haftung eingehen mußten. Auch die Mittel der englischen Anleihe wurden in gleicher Weise zu weiteren Angleichungen und Kapitalverpflich-tungen innerhalb des Konzerns benutzt. So konnte es nicht verwundern, daß sich bereits um die Jahresmitte he-ftigste Schwierigkeiten hinsichtlich der Verzinsung die-ses Millionenkredits herausstellten. Hinzu kam, daß die von dem Blumenstein-Konzern beherrschten Vereinig-ten Jutespinnereien und Webereien A.G., Hamburg, in der wiederum eine größere Anzahl Be-triebe aus der Juteindustrie vereinigt sind, erhebliche Ver-luste erlitten, die zu einer Kapitalzusammenlegung von 15 Millionen auf 5 Millionen Mark und Wiedererhöhung auf 8 Millionen Mark zwangen.

Die Gesamt-schuldenlast des Konzerns war infolge die-ser rücksichtslosen Expansionsjucht und der damit ver-bundenen unverantwortlichen Kapitalpolitik schon Ende 1928 auf etwa 70 Millionen Mark Verbindlich-keiten und 8-9 Millionen Mark Zinsverpflichtungen angewachsen.

Besonders diese außerordentlich hohe Zinslast, die infolge dieser Überkapitalisierung und Expansion auf dem Konzern lastete, mußte auf die Dauer zum Ruin führen. Schließlich sah man sich im Frühjahr d. J. bereits gezwun-gen, zu erklären, daß der Konzern nicht in der Lage sei, die Zinsen für die England-Anleihe und die Hilfe weite-rer deutscher Kreditbanken in Anspruch zu nehmen. Trotz dieser ohnedies schwierigen Lage wurde von den verantwortlichen Persönlichkeiten des Konzerns, ins-besondere von den beiden Inhabern Gebrüder Blumen-stein, eine geradezu unverantwortliche persönliche Inan-spruchnahme des Konzerns betrieben.

Die Privatansprüche der Gebrüder Blumenstein an das Unternehmen gingen ins Phantastische. Millionen-beträge wurden für private Zwecke aus dem Konzern ent-nommen und verbraucht und so die Mißwirtschaft auf die Spitze getrieben. So berichtete eine Berliner Pressekorre-spondenz über das persönliche Verhalten der Inhaber des Blumensteinkonzerns in folgender bezeichnender Weise:

„Einer der beiden Inhaber des Blumenstein-Konzerns geriet auf Abwege. Das hatte eine Scheidungs-klage zur Folge. Es wurde ausgemacht, daß der ge-schiedene Blumenstein seiner Frau den Wert von 4 Millionen M. zur Verfügung stellte. Blumenstein erklärte sich dazu bereit. Auf Kosten anderer Leute! Aus dem Vermö-gen der Bank für Textilindustrie A.G. in Berlin wurden größere Werte, u. a. ein Haus in der Berliner Gln und das Aktienpaket einer süddeutschen Fabrik, herausgenommen. Es wurde in den Spitzengesellschaften so lange verbucht, bis sich die Spuren verloren. Die her-ausgenommenen Vermögenswerte aber übereignete man einer Tochtergesellschaft, die die Rentenzahlung an die geschiedene Frau Blumenstein vorzunehmen hatte. Das passierte in einem Konzern, der eine englische Anleihe in Höhe von 20 Millionen Mark aufgenommen hat und der im Frühjahr 1931 plötzlich erklärt, die Zinsen für diese Anleihe nicht zahlen zu können, weshalb die deutschen Banken aus kreditpolitischen Rücksichten einspringen und das Geld vorstrecken mußten.“

Dabei bemühten sich gleichzeitig die Brüder Blumen-stein zur Deckung der Riesenerluste des Konzerns, die nicht zuletzt durch solche persönliche Verschwendung und In-

anspruchnahme der Kapitalien verursacht wurden, immer wieder Unterstützung der öffentlichen Kre-ditbanken und finanzielle Reichshilfe zu erlangen. So wurde feinerzeit berichtet, daß von der Lei-tung des Konzerns

beim Reich ein Kredit von nicht weniger als 25 Mil-lionen Mark gefordert

wurde. Daß diese Kreditforderungen natürlich auch mit sehr schönen sozialen Motiven — Aufrechterhaltung der Betriebe und Weiterbeschäftigung der Arbeiterschaft usw. — begründet wurden, sei nur nebenbei bemerkt. Unbe-greiflich ist es, daß die Vertreter der maßgebenden Groß-banken, die doch als Mitglieder des Aufsichtsrates der Dachorganisation über den tatsächlichen Stand der Be-triebe im Bilde sein mußten, es nicht für notwendig hiel-ten, der Öffentlichkeit bezw. dem Reiche ein Bild von der tatsächlichen Lage und den bestehenden Mißverhältnissen im Konzern zu geben.

Die Entwicklung war schließlich nicht mehr aufzuhal-ten. Als die Kreditverpflichtung der interessierten Banken bis zur äußersten Grenze ausgenutzt und eine finanzielle Stützung des Unternehmens vom Reich nicht zu erlangen war, kam die Pleite. Den Anfang machte die Bierse-ner Spinnerei und die Spinnerei A.G. normals Mühlen & Pelzer, die ihre Zah-lungen einstellten. In dem Bierse-ner Betrieb hatte man bezeichnenderweise, wie wir in unserer Zei-tung schon berichteten, vorher noch versucht, auch die Ar-beiterschaft zur „Kapitalbeteiligung“ zu bewegen, indem man unter dem Deckmantel einer sogenannten „Vollgemein-schaft“ eine Zwangsparkasse einrichtete und 15 Prozent der Löhne und Gehälter à Conto dieser Sparkasse, also der Betriebsmittel des Unternehmens, abhielt. Binnen wenigen Wochen kam jetzt, nachdem diese ersten Konkurse publik und damit die tatsächliche Lage des Konzerns er-kenntbar wurde, ein Zusammenbruch nach dem andern: die sämtlichen sämtlichen Konzernbetriebe mehr oder we-niger bankrott waren. Unter Hilfestellung der Banken ist es zunächst gelungen, noch in einigen dieser Werke die Beschäftigung fortzusetzen; ob eine tatsächliche Reorgani-sation dieses Pleiteunternehmens möglich ist, bleibt die Frage.

Jetzt steht aber schon heute, daß ebenso, wie in den anderen Fällen, auch hier die beschäftigte Arbeit-erschaft in erster Linie die Leidtragende ist, die von der Stilllegung der Werke und Arbeiterentlassungen persönlich am nächsten und härtesten betroffen wird.

Betrachtet man die Zusammenhänge und den Ent-wicklungsgang dieses neuerlichen Konzernzusammen-bruches in der Textilindustrie, dann wird in eindring-licher Weise erkennbar, daß es letzten Endes die gleichen Ursachen sind, die schon bei Nordwolle und mehr oder weniger auch im Karstadt-Konzern für die finanziellen Schwierigkeiten maßgebend waren. Vor allen Dingen im Nordwolle-Falle liegt der Zusammenbruch des Blumenstein-Konzerns außerordentlich nahe. In bei-den Fällen ist es nicht nur Planlosigkeit und Ueberexpans-ion, die zum Zusammenbruch führten, sondern insbesondere persönliche Verantwortungslosigkeit der Lei-ter des Konzerns, die offenbar jedes Maß in der Beurteilung der wirtschaft-lichen Dinge und ihre persönlichen Rechte und Ansprüche verloren haben. Der Zusammen-bruch des Blumenstein-Konzerns zeigt wiederum in cha-rakteristischer Weise die Unhaltbarkeit des heutigen Wirt-schafts-systems und nicht zuletzt das Verjagen der Unter-nehmerpersönlichkeit in der Wirtschaft. Es befähigt damit neuerlich die Berechtigung der gemeinschaftlichen Forde-rung auf Umgestaltung der Wirtschaftsführung im Sinne der Mitbestimmung und Einschaltung der Arbeitnehmer-schaft in die Führung und Mittelung der Wirtschaft. —

Neue Lohn-Abbauforderungen der Textilindustriellen.

Durch die neuerdings erfolgte Kündigung der Tarif-verträge für das Münsterland, für Bielefeld, für Herford und für Bielefeld sind nunmehr für alle größeren Tarif-gebiete mit Ausnahme von Bayern und Baden die Tarife ge-kündigt. Weitererfolgte die Kündigung der Tarifverträge für Düren und Cassel sowie für die Textilindustrie des Ruhrgebietes. Bisher hatten die Arbeitgeber nur in allgemei-nen Abwendungen auf die Notwendigkeit einer An-passung der Löhne an die veränderten wirtschaftlichen Ver-hältnisse hingewiesen. Konkrete Forderungen waren auch bei Verhandlungen von den Unternehmern noch nicht ge-stellt.

Am 29. September fanden nun die Verhandlungen für die Tuchindustrie der Niederlande statt. Die Unternehmer forderten in diesen Verhandlungen eine Kürzung der bis-herigen Löhne um 25 Prozent. Ebenso fordern die wirt-schaftlichen Textilindustriellen eine Herabsetzung des Gehaltens, der bisher 65 Pfg. betrug, auf den Geh von 52 Pfg. Die übrigen Lohnsätze sollen in demselben Maße heruntergesetzt werden. Wenn diese Forderungen der Un-ternehmer auch nur zum Teil verwirklicht werden, dann kommen wir in der Textilindustrie zu Löhnen, die auf dem Niveau des Jahres 1925 liegen und die selbst bei 48-stün-diger Arbeitszeit nicht ausreichend sind, um damit auch nur einigermaßen leben zu können. Hinzu kommt noch, daß die Arbeiterschaft seit langer Zeit unter sehr starker Konkurrenz zu leiden hat, wodurch das Einkommen schon ganz erheblich gesunken ist. Die Forderungen der Ar-beiterschaft für die Arbeiterkassen einseitig undisziplinier-bar, und sie wird sich gegen eine derartige Schwächung ihres Einkommens mit aller Macht zur Wehr setzen müssen.

Kettet den Sonntag!

Die Axt an die Wurzel der abendländischen Kultur!

Wie in der Zeitung „Der Deutsche“, dem Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften...

Das Arbeitslosenproblem!

Ein junger Kollege schreibt uns:

Ueber das Arbeitslosen- und Wohnungsproblem wird viel geredet und geschrieben...

Und das Ergebnis in der Wirklichkeit?

Was nicht uns Arbeitslosen dieses alles, wenn die Tat nicht folgt und das Uebel bei der Wurzel gefaßt wird!

Noch immer wehrt sich dagegen der Kapitalismus. Dieses System, das in seiner eigenen Schwäche und Not nach des Reiches Hilfe und Sanierung ruft...

Berichte aus den Ortsgruppen

Köln. Am Sonntag, dem 12. September 1931, wurde aus Gelegenheit der Sitzung der Stadt...

ken setzen sich die im Wasser noch befindlichen Schmutzteile ab. Im weiteren Laufe dient nun das vollständig wieder gereinigte Wasser...

Am Sonntag, dem 13. September, die Ortsgruppe...

Der männlichen Jugendgruppe war es in der vergangenen Werbepetode gelungen, das Bezirksbanner zu erwerben.

Anschließend folgte die Jubilarehrung. Drei weitere Kollegen, Oedingen, Wilms und Büttmann, konnten auf eine jährige Mitgliedschaft zurückblicken.



- Du Amer! Als Einzelner anklopfend, wärfst Du verschlossene Türen und Herzen finden und mußt Dich überzeugen lassen, daß nur einer es gut mit Dir meint - Dein Verband!

Gemeinschaftliche Lieder, zwei gut geiprochene Prologe und das Theaterstück „Im Strudel der Großstadt“ bildeten den Schluß des Abends...

Wetzlar. Am 12. Mai 1931 waren es 25 Jahre, seitdem eine Hundeschwärze Angst Arbeiter der Spinnerei Eisenbach...

Es fand dies die Kollegen Joh. Lederle, Fridolin Friß und Kolleginnen Frau Emilie Keller, Theresia Zimmerer, Peter Raj und Marie Wajmer.

Kollege Friß dankte im Namen der Jubilare für die ihnen zuteil gewordene Ehrung.

Bezirkssekretär Kollege Mayer ergriff nun das Wort, beglückwünschte die Gewerkschaftsmitglieder...

Was blieb noch genommene Zeit bei gutem Humor gemüthlich beizubringen.

Oberrhein. Am 26. 9. 31, am Sonntag 2 Uhr, versammelte sich die größte organisierten Textilarbeiter der Ortsgruppe...

den, Kollegen Karl Kern, Oberachern, eröffnet. Einleitend gab er einen kurzen Überblick über die Notwendigkeit der Organisation und deren Aufgaben.

Mitglieder der gewerkschaftliche Seite der Textilarbeiterzeitung des Oberales weiter machen und gedeihen zum Wohle der christlich organisierten Arbeiterzeitung!

Bierfen. Am Freitag, dem 15. September, hatten sich der Vorstand, die Betriebsräte und Vertrauensleute der Ortsgruppe im Lokale Walschott zu einer wichtigen Konferenz...

Der gute Besuch gab Zeugnis davon, daß unter der Mitgliedschaft ein einiger starker Wille herrscht. Nach einem Referat über die augenblicklichen Vorgänge in der Textilindustrie...

Mit Entrüstung wurde das Ansuchen der Arbeitgeber, der Arbeiterzeitung weitere Kosten aufzuerlegen, die ihren schon bis zum äußersten eingezahlten Nebenstand noch mehr zuzuschreiben, zurückgewiesen.

Murg und Säckingen. Jubiläumssfeier. Zum 30. beim 25jährigen Bestehen hatten sich die Ortsgruppen Murg und Säckingen am Sonntag, dem 6. September, zur gemeinsamen Feier versammelt.

† Sterbetafel †

- H. Beckmann, Borachert, 19 J. - Frau Maria Gouch, Waldheim, 43 J. - Verend Jan Hefelink, Nordhorn, 25 J. -

Ruhet in Frieden!

Bekanntmachung

Ab 3. Oktober befindet sich die Geschäftsstelle unseres Verbandes Schillerplatz 14.

Inhaltsverzeichnis

- Artikel: Mangel und Ueberfluß. - Die deutsche Textilindustrie in der Krise. - Erläuterungserlaß der Reichsanstalt zur Kurzarbeiterunterstützung. - Auswirkungen der Rotverordnung. - Die Jugend in der Erwerbslosenversicherung. - Ueble Stimmungsmache. - Professorenweisheit. - Zum Zusammenbruch des Humensienkongress. - Neue Lohnauforderungen der Textilindustriellen. - Kettet den Sonntag! - Das Arbeitslosenproblem! - Feuilleton: Fortf. Stadt der Tat. - Allgemeine Kundgebung. - Berichte aus den Ortsgruppen: Wachen. - Wetzlar. - Eisenbach. - Oberachern. - Bierfen. - Murg und Säckingen. - Sterbetafel. - Bekanntmachung.

Schriftleitung: Otto Kaiser, Düsseldorf, Floraf. 2